

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Rieser
Nr. 20

Verlagsort: Bregg 2126
Stroße Nr. 22

Für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Ries, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 1.

Freitag, 2. Januar 1920, abends.

3. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (7 Spalten) 60 Pf., Zeitveränderung und tabellarischer Satz 10 Pf., Verschluss, Nachdruck- und Vermittlungsgebühr 20 Pf., feste Tarife. Gewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Ries. Die rechtliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Druckereibesitzer — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Statistischer Druck und Verlag: Sanger & Wenzel, Ries, Schiffsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Ries; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Ries.

Gleichverteilung in der Woche vom 29. Dezember 1919 bis 4. Januar 1920.

Der Kommunalverband wird in der laufenden Woche neben Rindfleisch und Wurstkonserven einen geringen Vorrat gefrorene Lebern zur Verteilung bringen. Von den genannten 3 Arten Fleisch- und Wurstwaren erhalten auf die Reichsfleischkarten Klasse V

Personen über 6 Jahren auf die Marken 1-7 zusammen bis 100 Gramm.
Personen unter 6 Jahren auf die Marken 1-4 zusammen bis 50 Gramm.
Der Preis beträgt bei

Rindfleisch	6.08 M.
Büchsenwurst	4.40 M.
gefrorene Lebern	4.92 M.

für das ausgewogene Pfund.

Bestimmte zum Fleisch sind mitzubringen.

Großhain, am 2. Januar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

1. Nach Weisung des Bezirksausschusses wird § 1 der Bekanntmachung über Bezug von Kommunalware vom 9. August 1919 (abgedruckt im Rieser Tageblatt vom 11. Aug. 1919 Nr. 183) aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

§ 1. Auf Verordnung der Reichsbeschickungsstelle sind zur Erlangung von Kommunalware besondere Berechtigungscheine auszustellen. Anspruch auf Gewährung eines Berechtigungscheines haben alle wirtschaftlich Schwachen ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung. Es gehören hierunter keineswegs nur Angehörige der Arbeiterklasse, sondern auch Beamte, Verrentete und selbständige Personen des Mittelstandes. Besonders sollen Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalide sowie kinderreiche Familien berücksichtigt werden. Als bedürftig sind Personen anzusehen mit einem Einkommen von 8000 Mark jährlich und weniger. Für Familien mit Kindern wird diese Grenze für jedes Kind unter 15 Jahren um 400 Mark höher gesetzt, also 8400 Mark bei einem Kinde, 8800 Mark bei zwei Kindern, 9200 Mark bei drei Kindern, 9600 Mark bei vier Kindern usw. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse können jedoch Berechtigungscheine auch über diesen Rahmen hinaus erteilt werden.

2. Diese Bestimmung gilt sinngemäß auch für die Versorgung der Bevölkerung mit Schutzwert.

Großhain, am 2. Januar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung.

Die Sprechstunden der Bezirksflegerin finden, nachdem diese ihre praktische Tätigkeit auch auf die auswärtigen Verbandsgemeinden ausgedehnt hat, vom 2. Januar 1920 an nur noch an folgenden Tagen von 8-9 Uhr vormittag in ihrem Dienstzimmer auf diesem Rathaus, 1. Obergeschloß statt:

Montag, Mittwoch und Freitag.

Der Rat der Stadt Ries — Wohlfahrtsamt —, am 29./12. 1919.

Angabe der Brotarten, Fleischkontrollmarken, Reichsfleischmarken und Landesfleischmarken.

In den bekannten Markenausgabestellen findet

Montag, den 5. Januar 1920, vormittags 8-12 Uhr

die Ausgabe der Brotarten auf die Zeit vom 5. Januar bis 1. Februar 1920, der Fleischkontrollmarken und Reichsfleischmarken auf die Zeit vom 19. Januar bis 14. März 1920 und der Landesfleischmarken (Buttermarken) auf die Zeit vom 26. Januar bis 25. Juli 1920 statt.

Fleischfleischverfolger erhalten keine Fleischmarken, Butterfleischverfolger keine Landesfleischmarken.

Der Rat der Stadt Ries, am 2. Januar 1920. Sam.

Kohlenabgabe im Monat Januar 1920.

Die hiesigen Kohlenhändler sind angewiesen worden, im Monat Januar zunächst die Nachbelieferung der bisher noch nicht belieferten Abnehmer der Grund-, Gewerbe- und

Der Austauschtermin.

Der 6. Januar soll jetzt als Tag des Austausches der Ratifikation angesehen sein. Es ist ein dickeres starkes Stück, das nach Deutschlands Unterzeichnung noch beinahe ein gleiches Zeitraum verstreichen mußte, wie zwischen Waffenstillstand und Friedensschluss; damals vergingen 7 Monate 17 Tage, der zweite Abschnitt hat 6 Monate 9 Tage in Anspruch genommen! Eine solche Langwierigkeit ist wohl zum ersten Mal in der Geschichte dagewesen. Zum Teil ist die Verschiebung ja durch die parlamentarischen Umstände bedingt worden. Aber die letzte Verzögerung ist doch durch die nicht gerade staatskluge Verleitung der internationalen deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow verursacht. Es scheint, daß jetzt auch diese Schwierigkeit aus dem Wege geräumt ist. Der Ausrüstungsplan der Entente, Deutschland zur Unterzeichnung ihres Diktatoprotokolls zu nötigen, wird der Form nach befriedigt, während in der Sache die ursprüngliche Forderung um ein Viertel oder vielleicht noch etwas mehr erwähnt wird. Nun, die Hauptsache bleibt, daß unser Handelsverkehr nicht vollends ruiniert wird.

Eine weitere Verzögerung.

„Petit Parisien“ sagt, man erwartete die Antwort der deutschen Regierung inbetriff der schriftlich fixierten Zugeständnisse der Alliierten in der Scapa Flow-Angelegenheit. Generalsekretär Dutasta und Freiberger von Versner hätten den 6. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge fassen können. Es sei aber heute schon fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des kritischen Gerichtsstandes der Abkommensgebiete wolle General Verond alle Fragen so lösen, daß spätere Verwicklungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden nicht vor dem 10., ja selbst 12. Januar erfolgen dürfte. Saint Brice im „Journal“ behauptet, General Verond glaube, noch etwa 10 Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Überleitung der Verwaltung in den Abkommensgebieten zu regeln.

Das Pressebüro Radio meldet, daß nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden am 7. oder 8. Januar sich die diplomatischen Vertreter Frankreichs auf ihre Posten in Deutschland begeben werden. Die Abfahrt der mit der Besetzung der deutschen Abkommensgebiete beauftragten alliierten Truppen beginnt am 12. Januar.

Die Entscheidung liegt bei den spanischen Arbeitern. Aus dem Gang wird gemeldet: „Nouve Courant“ meldet aus London: Unter dem Titel „Die Entscheidung“

liegt bei den englischen Arbeitern“ bringt Labour Leader einen Artikel, dem folgendes zu entnehmen ist: Der schreckliche Hungertod, den die Ententemächte um ganz Mitteleuropa geben und der durch die Forderung der Auslieferung von Docks, Schiffen und Eisenbahnmaterial noch verschlimmert worden ist, stellt sich als das Ergebnis eines so raffinierten Planes dar, daß man nicht begreifen kann, wie er zur Ausführung gelangen soll. Der Gedanke, nach Schluß des Krieges die deutschen Führer zur Verantwortung zu ziehen, kann schließlich durch eine barbarische Rechtsauffassung begründet werden, aber der Gedanke, diese Strafen auf ein ganzes Volk auszuwenden, das sich von seinen Führern selbst befreit und sie gestützt hat, ein solches Volk der Inwertlosigkeit und dem Untergang preiszugeben, ist das Produkt einer Drennpolitik. Trotzdem wird sie kaltblütig ausgeführt. — Labour Leader weist darauf hin, daß England darauf ausgeht, so schnell wie möglich die Welt Herrschaft zu erobern und fragt: Muß denn Deutschland das Los von Karthago erleiden, müssen Millionen Männer und Frauen zu Grunde gerichtet werden? Darauf müssen die englischen Arbeiter die Antwort geben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Aisch.

Eine Rundgebung des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler gebeten, folgende Rundgebung zum Neujahrstage zu veröffentlichen: Im vergangenen Jahre ist zwar das Chaos abgewendet, die Einheit des Reiches erhalten und gestiftet worden, indessen mußte unter dem Drucke rücksichtslosen Zwanges ein Frieden geschlossen werden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand, die Früchte vergangener und künftiger Arbeit fremder Gnade zu überantworten droht. Das beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation, Staat und Wirtschaft sich zu behaupten hoffen können oder durch inneren Föder, dem sich äußerer Daz zugesellt, in einem endgültigen Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Kinder begraben müssen. Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Reihen zu schließen und ein jeder an seiner Arbeitstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Beste zu tun.

Berlin, den 1. Januar 1920. Der Reichspräsident: Ebert.

Der Eisenbahnverband in Magdeburg ist beendet. Die Arbeit ist in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Schörungen nach Erdgas. Aus Hamburg wird gemeldet: In Reinsgang ist man bei Bohrungen in Erdgas Dienstag abends in 200 Meter Tiefe auf Gas ge-

stossen, das gleich aufgesaugen und nach dem Hamburger Gaswerk Tielitz geleitet werden konnte.

Ein Ermittlungsverfahren gegen Scheidemann. Der „Vorwärts“ bestätigt die Nachricht ausdritter Mätter, daß Scheidemann bei der Staatsanwaltschaft in Berlin den Antrag gestellt hat, ein Verfahren gegen ihn selbst wegen der Beschuldigung einzuleiten, er habe eine Belohnung auf den Tod von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgesetzt. Der Staatsanwalt hat dem Antrag entsprochen und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der Belagerungsstand über Gumburg ist, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, aufgehoben worden. Der Vorsitzende des Rhythäuserbundes der deutschen Landestriegerverbände Generaloberst v. Geeringer bezeichnet in einem Aufrufe, den er zum Jahresbeginn an die Landesmitglieder richtet, laut „Voll. A.“ es als Aufgabe der Kriegereiereine, Träger der Volksherrschaft zu sein, die zwischen allen Trümmern wieder zur Ordnung führe. Der Aufruf weist reaktionäre Bestrebungen ebenso vor sich wie parteipolitische Zwecke und lehnt das Streben nach einem neuen Kriege sowie die Vornahme militärischer Übungen ausdrücklich ab.

Pariser Sensationsmeldungen. Aus Berlin wird gemeldet: Die Pariser Presse hatte eine Nachricht aus Kopenhagen verbreitet, demzufolge man in unterrichteten Kreisen in Berlin einen Staatsstreich für Februar erwartete. Diesem Staatsstreich werde ein spartakistischer Putz in Süddeutschland vorangehen. Die eigene Division, die jetzt 70000 Mann umfasse, werde für die Wiedererlangung der Dohngoldern eintreten. Der Kaiser werde fortgesetzt auf dem Lauenden erhalten. Er sei jüngst von dem Grafen Mirbach, dem Grafen Dohna-Schlobitten sowie einigen Generalen besucht worden. Gleichzeitig verbreitet „le Journal“ aus Genf die Kunde, die Züricher Polizei habe ganze Ballen revolutionärer Zeitschriften beschlagnahmt, die aus Deutschland stammten. Nach angekündeten Briefen solle Lenin im Einverständnis mit der deutschen Regierung eine neue Revolution in Europa zu entfachen suchen. Die Bewegung solle in der Schweiz beginnen und von dort auf Frankreich und Italien ausgedehnt werden. — Man braucht nicht erst darauf hinzuweisen, wie trübe die Quellen dieser Nachrichten sind und welche Widersprüche sie enthalten. Das geniert die Verbreiter dieser Meldungen nicht, die bekanntlich den Hauptzweck verfolgen, Verunsicherung herbeizuführen. Man kann oft in der französischen Presse die Redensart lesen, daß Lächerlichkeit töte. Aber die Pariser Presse scheint dieses Wort niemals auf sich anzuwenden.

Die vom amerikanischen Lebensmitteldiktator aufgestellten Bedingungen für die Lebensmittelpenden Amerikas an Deutschland sind von der Reichsregierung abgelehnt worden.